Tschechische Republik

Gesamteinschätzung

Im Jahre 2000 erholte sich die tschechische Wirtschaft, und das BIP verzeichnete erstmals nach 3 Jahren wieder ein positives Wachstum von 3.1% gegenüber 1999 (-0.8%). Sowohl die Industrieproduktion als auch das Bauwesen konnten positive Wachstumsraten verzeichnen (5.1% und 5.3%). Motor für das Wirtschaftswachstum waren vor allem die Investitionen mit einem hohen Anteil an ausländischen Direktinvestitionen. Aber auch der private Konsum verzeichnete einen leichten Aufwärtstrend. Der Arbeitsmarkt entspannte sich mit einer Reduktion der Arbeitslosenquote auf 8.8% (1999: 9.4%). Stimulierend auf die Wirtschaft wirkte schließlich, dass die Erhöhung der Reallöhne moderat ausfiel und hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität blieb, wodurch ein Lohn-Kosten-Druck verhindert und die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Wirtschaft weiter verbessert werden konnte.

Dennoch verschlechterte sich die Leistungsbilanz und betrug 2000 -4.8% des BIP (1999: -3.0%). Dieses Ungleichgewicht ist vor allem auf die Handelsbilanz zurückzuführen, in der die Importe stärker zunahmen als die Exporte. Ausgleichend wirkte die Dienstleistungsbilanz, für welche ein höherer Überschuss als noch 1999 erfasst wurde.

Das konsolidierte Budgetdefizit (Staats- und kommunale Haushalte) stieg erwartungsgemäß gegenüber 1999 (-0.6%) an und belief sich Ende 2000 auf -3.7% des BIP. Bezieht man jedoch die außerbudgetären Fonds mit ein, so verschlechtert sich das Bild und macht die Notwendigkeit von Strukturreformen offensichtlich. Die Geldpolitik war im Jahre 2000 zurückhaltend. Aufgrund eines befürchteten Inflationsanstieges wurde auf zunächst vorgesehene Zinssenkungen verzichtet. Erst nachdem sich die Inflation im vierten Quartal stabilisierte, wurden die Zinsen Anfang 2001 gesenkt. Für das gesamte Jahr 2000 betrug die Inflationsrate 4%. Ex post kam es dadurch zu keiner Gefährdung der Preisstabilität.

Die Aussichten für das Jahr 2001 sind sehr positiv. Die Industrieproduktion und das Bauwesen haben auch in den ersten Monaten 2001 weiter zugelegt. Die Inflation wird als stabil eingeschätzt, wobei Nahrungsmittel und die öffentlichen Finanzen als Risikofaktoren gesehen werden. Auf dem Arbeitsmarkt wird für 2001 erstmals wieder eine Zunahme der Beschäftigung erwartet.

Die Prognose der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wird durch die 2002 bevorstehenden Parlamentswahlen erschwert. Es ist nicht auszuschließen, dass die durch die Senatswahlen (November 2000) geschwächte Regierung aus politischen Gründen an der expansiven Fiskalpolitik festhält. Aus rein wirtschaftlicher Sicht ist eine solche Politik nicht zu befürworten, da sich Tschechien im konjunkturellen Aufschwung befindet. Für ein mittelfristig stabiles Wachstum sind auch der Abschluss der bisher noch ungenügenden Bankenrestrukturierung und die Neuordnung des Sozialversicherungssystems notwendig.

Produktion und Verwendung des BIP

Im Jahre 2000 konnte die tschechische Republik nach einer dreijährigen Rezession erstmals wieder ein positives Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) verzeichnen. Nachdem sich die Erholung schon Ende 1999 abgezeichnet hatte, verstärkte sich der Aufschwung während des gesamten Jahres 2000, und das reale Wachstum des BIP belief sich auf 3.1% (auch im folgenden alle Angaben real gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wenn nicht anders vermerkt; 1999: -0.8%).

Die sektorale Aufteilung des BIP zu laufenden Faktorpreisen blieb weitestgehend gleich gegenüber dem Vorjahr (siehe Tabelle), in konstanten Preisen von 1995 nahm jedoch vor allem der Anteil der Industrie am BIP zu (3.3%). Auch die unternehmensbezogenen Dienstleistungen erhöhten ihren Anteil am BIP (2.7%), wogegen der Anteil des primären Sektors und auch des Bauwesens sank (-10.4% und -8%).

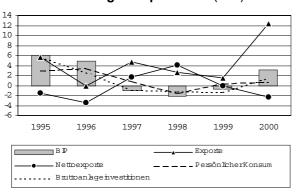
Die Erwartungen für das Wirtschaftswachstum 2001 und in den darauffolgenden Jahren sind sehr gut (2001: 3,2%; 2002:3,5%). Wichtige Indikatoren wie Industrieproduktion und Investitionen haben ihren positiven Trend auch Anfang 2001 fortgesetzt. Ob die Erwartungen erfüllt werden, bleibt jedoch von den Reform- und Restrukturierungsanstrengungen der Regierung in den kommenden Jahren abhängig. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Entwicklung der Weltwirtschaft, von der die tschechische Wirtschaft stark abhängt. Derzeit ist eher eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums zu beobachten, doch dreht sich dieser Trend wieder, so wird dies auch einen günstigen Einfluss auf die tschechische Ökonomie haben.

Motor für Wachstum im Jahre 2000 waren vor allem die Investitionen mit einem hohen Anteil an ausländischen Direktinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5.2%, nachdem sie in den letzten drei Jahren geschrumpft waren. Aber auch der private Kon-

sum verzeichnete einen leichten Aufwärtstrend mit einer Steigerungsrate von 1.4%. Dieses Wachstum kann nur teilweise auf bestimmte Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt zurückgeführt werden (siehe unten), und auch das Geldeinkommen der Haushalte nahm im Jahre 2000 ab. Von Bedeutung für einen gesteigerten Konsum dürften vielmehr die generell positiven Wirtschaftserwartungen sein, die sich unter anderem darin äußerten, dass die Sparquote im Jahre 2000 um 1.5 Prozentpunkte auf 9% des verfügbaren Einkommens fiel. Auch der Einzelhandel konnte nach einer bereits positiven Wachstumsrate im Jahre 1999 (2.1%) weiter um 4.6% zulegen.

Auf der Entstehungsseite bildete die Industrie den wichtigsten Sektor für das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Die industrielle Produktion stieg 2000 um 5.1%. Aber auch der Bausektor erholte sich und hatte seit 1996 erstmals wieder eine positive Wachstumsrate (5.3%). Günstig wirkten sich hier die relativ zur Industrie niedrigen Lohnkosten aus. Im tertiären Sektor trugen vor allem die unternehmensbezogenen Dienstleistungen zum Wachstum bei.

Jährliche Änderungsrate des BIP (real) und reale Wachstumsbeiträge verschiedener Nachfragekomponenten (in%)



Stimulierend auf die Wirtschaft wirkte sich im Jahre 2000 die wachsende Arbeitsproduktivität aus. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität stieg seit dem zweiten Quartal 1999 kontinuierlich an und erreichte im ersten Quartal 2000 den Höhepunkt von 7.2% Wachstum, bezogen auf die gleiche Periode ein Jahr zuvor. Im zweiten und dritten Quartal fiel das Wachstum wieder leicht, belief sich aber noch immer auf ca. 4%. In der Industrie und im Bauwesen lagen die Wachstumsraten für die Arbeitsproduktivität im Jahre 2000 überdurchschnittlich hoch, waren allerdings mit starken Schwankungen verbunden (durchschnittlich 8% in der Industrie und 10.8% im Bauwesen). Die moderate Reallohnsteigerung im Jahre 2000 (2.6%, s.u.) führte dazu, dass der Anstieg der Arbeitsproduktivität seit Anfang 2000 erstmals seit langem wieder über dem Wachstum der Reallöhne lag. Dies führte zu einer Entlastung der Produktionskosten und zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Wirtschaft.

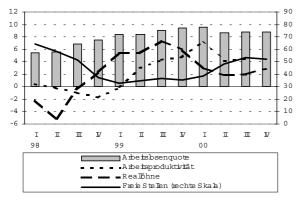
Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Die Beschäftigung ging im Jahre 2000 nochmals zurück, was besonders im Zusammenhang mit einer wachsenden Wirtschaft auf die Umsetzung eines Rationalisierungsbedarfes hinweist. Der Rückgang fiel jedoch wesentlich geringer aus als noch 1999, und für das kommende Jahr wird eine Wende hin zu positivem Beschäftigungswachstum erwartet. Dieser Trend läßt sich bereits an den statistischen Ergebnissen der ersten Monate des Jahres 2001 ablesen und wird dadurch gefestigt, dass die Anzahl der freien Stellen im Laufe des Jahres 2000 von 34.7 Tausend Ende Januar auf 52.1 Tausend Ende Dezember anstieg.

Auch die Struktur der Beschäftigung zeigte bedeutende Veränderungen. Zum einen stieg vor allem die Zahl der Selbständigen. Nachdem 1999 schon Selbständige ohne Angestellte im Gegensatz zur Gesamtbeschäftigung positive Zuwachsraten hatten, verstärkte sich dieser Trend im Jahre 2000, in dem nicht nur die Zahl der Selbständigen ohne Angestellte, sondern auch derjenigen mit Angestellten um ca. 4% zunahm. Dies bedeutet, dass der Rückgang der Gesamtbeschäftigung 2000 ausschließlich auf den Angestelltenbereich zurückzuführen ist. Zum anderen war bei sektoraler Differenzierung erkennbar, dass die Beschäftigung in den meisten der Dienstleistungsbranchen anstieg, während sie vor allem im landwirtschaftlichen aber auch im industriellen Sektor zurückging. Entsprechend der Gesamtentwicklung fiel der Rückgang jedoch geringer aus als noch im Vorjahr.

Ein positives Signal auf dem Arbeitsmarkt wurde auch durch den Rückgang der Arbeitslosenquote (gemäß ILO-Definition) von 9.4% im Jahre 1999 auf 8.8% im Jahre 2000 gesetzt. Diese Entwicklung zeichnete sich jedoch erst in der zweiten Hälfte des Jahres ab, nachdem im ersten Quartal die Quote nochmals angestiegen war. Eine Abnahme der Arbeitslosenquote bei rückläufiger Beschäftigung konnte sich dadurch ergeben, dass die Partizipation am Arbeitsmarkt sowohl von Männern (von 70.6 auf 69.6%) als auch von Frauen (von 52.3 auf 51.6) zurückging. Arbeitsmarktpolitische Anreize unterstützten diese Entwicklung. Insbesondere stieß die Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestandes in der Bevölkerung auf große Akzeptanz. Negative strukturelle Entwicklungen waren insofern zu beobachten, als dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen anstieg. Da mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit einer Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt sinkt, kommt es bei einer solchen Entwicklung einerseits zu sozialen Problemen für die Betroffenen und andererseits zu Effizienzverlusten auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb wurde es auch für notwendig erachtet, die im Jahre 2000 noch sehr geringen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Milderung dieser Probleme auf ca. 1.5% des BIP im Jahre 2001 anzuheben.

Arbeitslosenquote (ILO)* und freie Stellen (in tausend)* sowie jährliche Änderungsraten der Arbeitsproduktivität und Reallöhne (in%)



* Angaben zum Ende der Periode.

Der durchschnittliche Monatslohn stieg im Jahre 2000 um 6.6% an. Im Vergleich zum Vorjahr (8.2%) fiel die Steigerungsrate somit sehr moderat aus, und der Reallohn stieg entsprechend nur um 2.6% (1999: 6%). Auch hier profitierten die Arbeitsmarktteilnehmer in unterschiedlichem Maße. Im privaten Sektor nahmen die Reallöhne um 3.8% zu, während die Löhne im öffentlichen Sektor um 1.1% fielen. Sektoral war die Post- und Telekommunikationsbranche an der Spitze mit einem Nominallohnwachstum von knapp 12%, gefolgt von der Textilindustrie, dem Groß- und Einzelhandel (inklusive verschiedenen Reparaturdienstleistungen) und den Finanzdienstleistungen mit ca. 10%. Sehr geringfügig nur wuchsen die Löhne im Bildungssektor und in den Bereichen öffentliche Administration und Verteidigung, sowie Pflichtsozialversicherung (ca. 2%).

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Das konsolidierte Budgetdefizit erhöhte sich erwartungsgemäß gegenüber 1999 (-0.6%) und belief sich Ende 2000 auf -3.7% des BIP. Die Privatisierungserlöse stiegen weiter auf 3.4% des BIP, jedoch nahmen in diesem Jahr auch die Ausgaben für die transformationsspezifischen Institutionen sprunghaft von 7.3 Mrd. Kronen 1999 auf ca. 20 Mrd. Kronen im Jahre 2000 zu. Dies ist hauptsächlich auf einen Transfer vom Staatsbudget an die Konsolidacni Banka von 14 Mrd. Kronen zurückzuführen.

Um den Staatshaushalt angemessen beurteilen zu können, ist es sinnvoll, das Budgetdefizit unter Vernachlässigung sowohl der Privatisierungserlöse als auch der transformationsspezifischen Ausgaben zu betrachten. Dieses weitete sich im Jahre 2000 auf -4.2% des BIP gegenüber -3.3% im Jahre 1999 aus. Das Defizit des zentralen Staatshaushaltes lag mit -1.8% um 0.2 Prozentpunkte höher als noch 1999, und auch die kommunalen Haushalte schlossen 2000 – anders als im Jahre 1999, in dem noch ein Überschuß von 1% des BIP erwirtschaftet werden

konnte – mit einem leichten Minus ab (-0.1% des BIP). Die offiziell ausgewiesenen öffentlichen Schulden nahmen nur unwesentlich zu und beliefen sich auf 15.1% des BIP.

Die tschechische Fiskalpolitik wird im Gegensatz zu den anderen Bereichen weiterhin kritisch beurteilt. Es besteht großer Reformbedarf. Als reformerschwerend erweist sich, dass das Defizit strukturell bedingt ist, und die Ausgaben zu ca. 80% mandatorischer Art sind, d.h. an die Gesetzgebung oder an andere Verträge gebunden sind (vor allem soziale Transfers, Krankenversicherung und Schuldendienst). Es existieren bereits verschiedene Restrukturierungsansätze, jedoch sind weiterreichende institutionelle Reformen notwendig, die durch prozesstechnische Rationalisierungen und einer Intensivierung der Anreizstrukturen effizienzsteigernd wirken müssen. Als Beispiel kann die stärkere Verknüpfung zwischen Beiträgen und Leistungen im Bereich der sozialen Sicherung oder im Gesundheitswesen genannt werden. Schließlich bleibt auch die Forderung bestehen, die Transparenz der öffentlichen Haushalte zu erhöhen (z.B. IWF, Czech Republic-Article IV Consultation Discussions Concluding Statement, April 17, 2001), worunter vor allem die Konsolidierung der außerbudgetären Fonds fällt. Ein Schritt in diese Richtung wurde Anfang 2001 getätigt, in dem die Konsolidacni Banka den ersten Block ihrer notleidenden Kredite im Wert von 19 Mio Kronen (nominal) verkaufte.

Aufgrund der Parlamentswahlen sind Anstrengungen in Bezug auf strukturelle Reformen und Disziplinierung des Staatshaushaltes im kommenden Jahr nur schwer zu prognostizieren. Es ist nicht auszuschließen, dass die durch die Senatswahlen (November 2000) geschwächte Regierung aus politischen Gründen an der expansiven Fiskalpolitik festhält. Jedoch sind die Anreize für eine Konsolidierung aufgrund der EU-Beitrittsbestrebungen groß und lassen Bemühungen in Richtung einer effizienteren und transparenteren Fiskalpolitik erwarten.

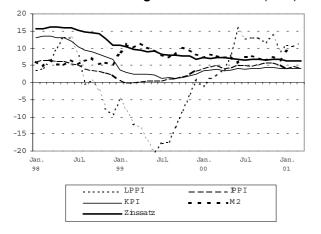
Inflation und Geldpolitik

Die Inflation stieg 2000 gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich an, was vor allem auf gestiegene Preise für Nahrungsmittel und hohe Ölpreise zurückzuführen ist. So lag der Anstieg des Produzentenpreisindex für landwirtschaftliche Güter von 9.2% wesentlich über der Zunahme des Produzentenpreisindex für industrielle Güter mit 4.9%. Dennoch legte der Konsumentenpreisindex (KPI) im Gegensatz zu den Vorjahren weniger stark zu als der auf die Industriegüter bezogene Produzentenpreisindex (3.9% versus 4.9%), was auf eine unvollständige Preisüberwälzung auf die Konsumenten schließen lässt. Entsprechend den Befürchtungen eines Inflationsanstieges Anfang 2000 gestaltete sich die Geldpolitik im Jahre 2000 zurückhaltend. Auf zunächst vorge-

sehene Zinssenkungen wurde während des gesamten Jahres verzichtet. Erst nachdem sich die Inflation im vierten Quartal stabilisiert hatte, wurden die Leitzinsen Anfang 2001 gesenkt (Repo-Satz von 5.25% auf 5%, Diskontsatz von 5% auf 4%, und Lombardsatz von 7.5% auf 6%). Begrüßenswert ist der neue Schwerpunkt der Inflationspolitik, der sich weg von der Nettoinflation (bereinigt um den Einfluss von Preisregulierungen und Änderungen der indirekten Besteuerung) hin zum Konsumentenpreisindex orientiert. Dadurch erhöht sich vor allem die Transparenz des Konzeptes.

Die Geldmenge M2 wuchs 2000 gegenüber 1999 wieder etwas weniger als noch im Vorjahr und übte somit keinen Druck auf die Inflation aus. Auch die Kreditvergabe der kommerziellen Bank wuchs nur unwesentlich an. Die verzögerte Bankenreform begrenzte noch immer die Möglichkeit, die für den Unternehmenssektor wichtigen Kredite zu vergeben (die Beschaffung von Fremdkapital fand großenteils über ADI statt) und somit einen Beitrag zur Erholung der Wirtschaft zu leisten.

Monatliche Jahresänderungsraten der Konsumentenpreise (KPI), der Produzentenpreise in Industrie (IPPI) und Landwirtschaft (LPPI), und der Geldmenge M2, sowie der durchschnittliche Zinssatz bei Neuvergabe von Krediten (in %)



Für das Jahr 2001 wird eine generell stabile Inflationsrate erwartet. Nach sehr niedrigen Zunahmen des KPI in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 fiel die Inflation im April jedoch etwas höher aus und bewirkte eine gewisse Anpassung der Prognosen nach oben. Bedingt war die Zunahme wieder durch Nahrungsmittel- und Ölpreise. Wie stark sich gerade letztere auf den KPI auswirken, hängt wiederum nicht zuletzt davon ab, inwieweit erhöhte Produktionskosten an die Konsumenten weitergegeben werden. Die starke Krone und die erwartete moderate Lohn-Kosten-Inflation üben eher eine dämpfende Wirkung auf das Wachstum des KPI aus. Problematisch für die Inflationsentwicklung bleibt jedoch die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

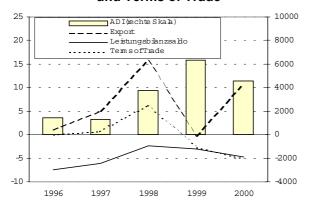
Die tschechische Krone blieb auch im Jahre 2000 stark. Dem Euro gegenüber wertete sie leicht auf, bezüglich des USD jedoch etwas ab, was zum großen Teil durch die enge Bindung an den Euro zu erklären ist. Trotz der Nachteile für die tschechische Exportwirtschaft stellt die Stärke der tschechischen Krone nach Einschätzung des IWF keine Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes dar. Außerdem dürfte der Druck auf den Wechselkurs gerade durch den Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 2000 etwas schwächer geworden sein. Um die Volatilität unter Kontrolle behalten zu können, wurde ein Privatisierungskonto eingerichtet, über das die verschiedenen Einnahmen laufen sollen. Bei der Veräußerung der Ceska Sporitelna fand dieses Konto das erste Mal eine Anwendung. Auch für das Jahr 2001 ist zu erwarten, dass die Koruna stark bleibt. Wichtigstes Argument dafür dürften die hohen Zuflüsse an Direktinvestitionen sein.

Außenwirtschaft

Die außenwirtschaftliche Verflechtung der tschechischen Republik erhöhte sich im Jahre 2000 weiter. So nahmen zum Beispiel sowohl Exporte und Importe als auch von Ausländern nachgefragte tschechische Dienstleistungen zu. Die Leistungsbilanz verschlechterte sich jedoch und betrug 2000 -4.8% des BIP (1999: -3.0%). Dieses Ungleichgewicht ist vor allem auf die Handelsbilanz zurückzuführen: Die Zunahme der Importe lag um ca. 4 Prozentpunkte höher als das Wachstum der Exporte (14% und 10%). Währungstechnisch wirkt sich auch der starke USD negativ auf die Handelsbilanz aus, da der Anteil an USD-bewerteten Gütern bei den Importen höher liegt als bei den Exporten. Ausgleichend wirkte die Dienstleistungsbilanz, die gegenüber dem Vorjahr einen höheren Überschuss erzielte. Kurzfristig wird das Defizit jedoch nicht als Problem betrachtet, da die hohen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen das Leistungsbilanzdefizit finanzieren können. Längerfristig ist ein stärkerer Ausgleich allerdings angebracht. Die starke tschechische Krone gegenüber dem Euro wirkte sich nicht wettbewerbsgefährdend aus, da vor allem die Arbeitsproduktivität anstieg.

Die starke Orientierung an der EU wurde auch im Jahre 2000 bestätigt. Mehr als zwei Drittel aller Exporte (68.5%) gingen in die EU und fast genauso viel wurde aus ihr in die Tschechische Republik importiert (62%). Auf Länderebene war Deutschland mit einem Anteil von ca. 40% der Exporte und ca. 32% der Importe wichtigster Handelspartner. Die Bindung an Russland blieb aufgrund der Energielieferungen bestehen, die Exporte in die GUS-Länder stagnierten. Die Handelsbeziehungen mit dem Nachbarn Slowakei folgten auch im Jahre 2000 dem leicht sinkenden Trend.

Leistungsbilanz*, Exporte**, ADI*** und Terms of Trade



 * in % des BIP, ** Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %, *** ADI = Ausländische Direktinvestitionen in USD, brutto.

Auf der Seite der Kapitalbilanz war im Jahre 2000 der hohe Zufluss an Direktinvestitionen ungebrochen. Für die tschechische Wirtschaft sind diese Investitionen von großer Bedeutung, da sie unter anderem das Produktivitätsniveau erhöhen und positive spill-over Effekte auf Zulieferindustrien haben. Im Bankenbereich kam es zu einer Mehrheitsübernahme der Ceska Sporitelna durch die Österreichische Erste Bank und durch die Fusion von IBP und CSOB vergrößerte die belgische KBC ihren Einfluss in Tschechien. Der Rückgang gegenüber den Zuflüssen 1999 ist zum einen auf besonders hohe Zuflüsse aufgrund der Veräußerung der CSOB an die belgische Bank KBC im dritten Quartal 1999 zurückzuführen. Zum anderen kam es im Jahre 2000 zu verschiedenen Verzögerungen von Privatisierungen im Bankenbereich. Deshalb kann nicht von einer Trendwende gesprochen werden, sondern die Erwartungen bleiben weiterhin sehr gut. Große Privatisierungsobjekte sind der Verkauf der Staatsanteile an der Ceska Telekommunikation und der Verkauf der Komercni Banka.

Wirtschaftspolitische Aussichten

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in der Tschechischen Republik in den kommenden Jahren sind sehr positiv. Es wird erwartet, dass der Aufschwung leicht zulegt, mit BIP-Wachstumsraten zwischen 3 und 3.5% in den Jahren 2001 und 2002.

Grundlage dafür sind andauernde ausländische Direktinvestitionen, eine stabile Exportwirtschaft und eine steigende binnenwirtschaftliche Konsumnachfrage.

Im wirtschaftspolitischen Mittelpunkt steht weiterhin die Annäherung an die EU. Auf dem EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 wurde im EU-Erweiterungsprotokoll 2004 als realisierbarer Zeitpunkt für eine Aufnahme der neuen Mitglieder genannt. Vor allem die Harmonisierung des Gesetzeswerkes wurde als vorangeschritten hervorgehoben. Bemängelt wurde, dass die institutionellen Reformen nicht ausreichend forciert werden.

Vor allem im fiskalischen Bereich ist es von Interesse, die Ausgabenseite des Staatshaushaltes zu entlasten. So ist im Rentensystem aufgrund des sich verschlechternden Verhältnisses von Beitragszahlenden und Empfängern die private Vorsorge zu fördern. Im Gesundheitswesen müssen Anreize geschaffen werden, Ressourcen effizienter zu verwenden, und im Transportwesen sind neue Finanzierungswege für die erforderlichen Investitionen bei der Instandhaltung und dem Ausbau der Infrastruktur zu finden. Im Bildungswesen ist der Reformschwerpunkt auf eine stärkere Verbreitung einerseits der akademischen Bildung und andererseits des dritten Bildungswegs zu legen. Im Wohnungswesen schließlich müssen Subventionen einkommensgerechter verteilt werden.

Im Bankenbereich wird darauf gedrängt, einen konsequenteren Umgang mit den aufgestauten notleidenden Krediten festzulegen. Das im Jahre 2000 erste verkaufte Paket ist dabei nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Schließlich bleiben noch die Streitigkeiten um die tschechische Nationalbank (CNB) zu nennen. Die Regierung und das Abgeordnetenhaus fordern mehr Mitspracherecht in der Bankenaufsicht und der Ernennung des Notenbankchefs (derzeit wird die Verfassungsmäßigkeit der Ernennung von Z. Tuma zum CNB-Gouverneurs Ende 2000 geprüft). Dadurch werden EU-Anforderungen an das Zentralbankgesetz verletzt, die die Unabhängigkeit der Nationalbank garantieren sollen, und somit muss die Harmonisierung der Bankenaufsicht-Regulierung vorerst auf 2002 verschoben werden.

INGRID LEIPRECHT

Tschechische Republik

Fläche: 78,9 Tsd. km2; Bevölkerung: 10,27 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Kč	1572,3	1668,8	1798,3	1836,3	1910	
BIP, nominal	Mrd. USD , amtl. Wech-	57,9	52,6	55,7	53,1	49,3	
	selkurs						
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	4,8	-1,0	-2,2	-0,8	3,1	3,2
BIP pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs	5617	5107	5412	5161	4800	
DID	Kaufkraftparität	13039	13250	13010	13153	13873	
BIP	1989=100 ¹	98,6	97,6	95,5	94,7	97,7	•
Industrie	1989=100 ¹	74,9	78,2	79,5	77,0	81,0	
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	2,0	4,5	1,6	-3,1	5,1	
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	-1,3	-5,1	0,7	0,6	-4,5	
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	5,3	-3,9	-7	-6,5	5,3	
Otmoletum laut VOD manning l							
Struktur laut VGR, nominal	% des BIP	22.4	242	25.2	24.2	24.0	
Industrie Land-, Forst- und Fischereiwirt.	% des BIP	32,4 4,7	34,3 4,7	35,3 4,6	34,3	34,8 3,8	•
Bauwesen	% des BIP	8,4	4, <i>1</i> 8,6	8,0	3,7 7,5	3,6 7,1	
Dienstleistungen	% des BIP	54,5	52,4	52,1	54,4	54,3	•
Anteil des Privatsektors	% des BIP	71,9	76,0	77,6	77,2	76,2	•
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	77,6	70,0	77,0	11,2	10,2	•
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	74,2	76, 4	77,3	80,1	84,0	
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd.						
Brutto-Arriage investitioner	gg. Vorj., %	8,2	-2,9	-3,9	-4,4	5,2	
Investitionsquote It. VGR	% des BIP, real	33,1	32,4	31,9	30,7	31,3	•
Zufluss von Direktinvest., netto	Mio. USD	1275,5	1275,2	3590,7	6234,2	4477,0	5500
darunter aus Deutschland	Mio. DM	1105	1049	1458	849	1467	
Arbeitsmarkt	Min Domanan	4.00	4.000	4.050	4.705	4 704	
Beschäftigte, JD in der Industrie	Mio. Personen	4,98 32,0	4,926	4,852 32,8	4,765	4,731 32,7	•
im öff. Sektor	% d. gesamt. Besch. Mio. Personen	1,30	32,4 1,17	32,6 1,11	32,8 0,94	0,754	•
Arbeitslosenquote, JE	% (ILO-Def.)	3,5	5,2	7,5	9,4	8,8	8,4
Arbeitaloseriquote, on	70 (ILO-DCI.)	3,3	5,2	7,5	3,4	0,0	0,4
Geldmengen- und Preis-							
entwicklung							
Geldmenge M2, JD	Veränd. gg. Vorj., %	16,0	6,8	6,6	9,1	9	
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	7,8	8,7	5,2	8,1	6,5	
Nom. Zinssatz, JD ²	%, jährl., aufg. Kred.	13,43	16,18	14,84	8,60	6,88	•
Nom. Zinssatz, JE ²	%, jährl., aufg. Kred.	13,6	16,54	10,81	6,69	6,83	
Realzins (PPI), JD ^{2,3}	%, jährl., aufg. Kred.	8,1	10,8	13,7	3,5	2,8	
Realzins (PPI), JE ^{2,3}	%, jährl., aufg. Kred.	7,5	14,0	7,2	2,6	2,7	
Inflationsrate Konsumgüterpreise ID	Veränd. gg. Vorj., %	8,8	8,5	10,7	2,1	3,9	4,2
Konsumgüterpreise, JD Konsumgüterpreise,	Veränd. gg. Vorj., %	8,6	10	6,8	2,1	3,9 4,0	4,2
(Dez./Dez.)	voidila. gg. voij., 70	0,0	10	0,0	۷,5	Ψ,∪	+,5
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	4,8	4,9	4,9	1,0	4,9	4,4

Tschechische Republik – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	18,4	10,5	9,3	8.2	6,6	7
Bruttolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	8,8	1,9	-1,3	6,0	2,6	2,7
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	9,4	1,8	-1,2	6,4	2,8**	<i>'</i> .
Privater Verbrauch, real It. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	6,9	1,8	-2,9	0,7	1,4	2
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	12,1	-0,4	-7,3	2,1	4,6	_
Sparquote (brutto) ⁴	% des verf. Eink.	12,0	11,2	10,1	10,5	9,0	8,5
Sparquote (brutto)	70 GC3 VCH. EIHR.	12,0	11,2	10,1	10,5	3,0	0,5
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, JD	USD,						
brutto	amtl. Wechselkurs	357	337	362	366	348	385
brutto	Kaufkraftparität	828	875	871	932	1006	1030
Mindestlohn/Brutto-	%	25,8	23,4	22,7	27,1	28,2**	
durchschnlohn							
Altersrente/Netto-	%	56,0	58,3	59,0	58,0	58,8**	
durchschnlohn							
Anteil der Haushalte unter							
der Armutsgrenze⁵	%	7**					_
Gini-Koeffizient ⁶	,,	25,4	25,9		•	•	
		20, 1	20,0	•	•	•	•
Öffentliche Haushalte (konso-							
lidiert ⁷)							
Einnahmen	Mrd. Kč	634,4	662,1	705	760	776	-
Ausgaben	Mrd. Kč	638,7	682	733	771	847	-
Budgetsaldo	Mrd. Kč	-4,3	-19,9	-28	-11	-71	
Budgetsaldo	% des BIP	-0,3	-1,2	-1,6	-0,6	-3,7	
Erweiterter konsol. Budgetsaldo ⁸	% des BIP	-1,4	-1,3	-1,9	-0,4	-3,2	_
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	13,1	13,0	13,3	15,0	15,1	-
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	21690,6	22776,7	26351,4	26264,6	29034,1	
Import	Mio. USD	27567,9	27317,1	28904,9	28167,2	32319,5	-
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD				-1902,6	-3285,4	-
Harideisbilarizsaldo	IVIIO. USD	-5877,3	-4540,4	-2553,5	-1902,6	-3205,4	•
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
OECD		71,4	73,4	77,1	81,9	89,9	
EU-15	% der Exporte	58,4	59,9	64,2	69,2	68,5	
Deutschland	% der Exporte	36,0	35,7	38,5	42,1	40,4	
GUS und Baltikum, TL (europ.	% der Exporte	6,7	7,2	6,0	4,1	4,2	_
TL+GUS, ohne CEFTA) ⁹	·	,	,	•	•	•	
Russland	% der Exporte	3,2	3,4	2,5	1,4	1,3	
CEFTA ¹⁰	% der Exporte	23,2	22,3	20,3	17,5	16,9	_
Slowakei	μ	14,1	12,9	10,6	8,2	7,7	_
Import aus			,-	, .	-,-	. ,.	
OECD		75,6	76,9	78,9	80,5	84,2	
EU-15	% der Importe	62,1	61,5	63,5	64,0	62,0	•
Deutschland	% der Importe	31,9	31,7	34,5	33,9	32,3	•
GUS und Baltikum, TL (europ.	% der Importe	8,5	8,3	6,9	6,3	8,0	•
TL+GUS, ohne CEFTA)9	70 dei importe	0,5	0,3	0,9	0,3	0,0	
Russland	% der Importe	7.1	6,8	5,5	4,8	6,4	
CEFTA ¹⁰		7,4 15.3					•
Slowakei	% der Importe	15,3	15,1	14,0	13,5	13,0	•
SIUWakei		9,6	8,4	7,2	6,1	6,0	

Tschechische Republik - Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Handel mit Deutschland			•		•	-	
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	13853	16499	18691	19636	25028	
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	11385	13804	17163	19856	25168	
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	2469	2696	1528	-221	-140	
Gesamtwirtschaftl. Auslands-							
position	M:- LIOD	4000.0	0044	4005.7	4507.4	0000	
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-4292,2	-3211	-1335,7	-1567,1	-2369,2	
	% des BIP	-7,4	-6,1	-2,4	-3,0	-4,8	
Währungsreserven, ges., JE	Mrd. USD	15,9	14,7	18,5	19,0	21,4	
Währungsreserven der CNB, JE	Mrd. USD	12,4	9,8	12,6	12,9	13,1	
Wechselkurse, JD	Kč/USD	27,14	31,71	32,27	34,60	38,75	
	Kč/DM	18,06	18,28	18,33	18,86	18,21	
	Kč/€				36,88	35,6	
Realer effekt. Wechselkurs, JD ^{3,11}	Veränd. gg. Vorj., %	3,04	-0,86	7,11	2,05	-2,07**	
Terms of Trade	Index 1991=100	106,5	107,2	113,9	110,9	105,2	
Auslandsverschuldung,		,-	- ,	, ,	-,-	,	
brutto, Dez.	Mrd. USD	21,2	21,6	24,3	22,9	21,5	
netto, Dez.	Mrd. USD	8,7	11,8	11,7	10,0	8,4	
Schuldenguote, brutto	% des BIP	36,6	41,1	43,7	43,1	43,6	
Schuldenguote, brutto	% der Exporte	97,6	94,9	92,4	87,2	74,1	
Schuldendienstquote	% der Exporte	10,9	15,8	16,0	11,8	12,0	

Anmerkungen: * = Prognose; ** Vorläufige Werte bzw. Schätzung; *** 1. Quartal; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

1 Jahr vor dem ersten, deutlichen transformationsbedingten Einbruch; 2 für neu vergebene Kredite der Geschäftsbanken; 3 auf der Basis der ind. Produzentenpreise; 4 Änderung der Bruttoersparnisse in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte; 5 Anteil der Haushalte mit höchstens 50% des Durchschnittsnettoeinkommens je Haushaltsmitglied; 6 Koeffizient der Einkommensverteilung zwischen 0 und 100; gleichförmigere Verteilungen haben einen niedrigeren Wert, zum Vergleich: Deutschland 28,1 (1989); 7 Staatsund kommunale Haushalte einschl. zentraler außerbudgetärer Fonds und Rentenversicherung; 8 zzgl. Krankenversicherung und Nationaler Vermögensfonds; 9 GUS und Baltikum: Albanien, Armenien, Azerbaijan, Weissrussland, Estland, Georgien, Kazachstan, Kyrgyzstan, Lettland, Litauen, Moldavien, Russland, Ukraine, Uzbekistan, ehemaliges Jugoslavien ohne Slowenien. 10 CEFTA: Tschechische Republik, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien. 11 außenhandelsgewichtet.

Quellen: Aktuelle und revidierte Statistiken des Tschechischen Statistischen Amtes, der Tschechischen Nationalbank und des Tschechischen Finanzministeriums, Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; IWF, eigene Berechnungen und Schätzungen.